

**Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**



Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-0, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de
web: www.sankt-georgen.de/nbi

Friedhelm Hengsbach SJ

Gute Arbeit – Soziales Europa

Rede zum 1.Mai 2014 in Fulda

Michael Sommer, der Erste Vorsitzende des DGB, wird heute nach zwölf Jahren seine letzte Rede auf einer Hauptkundgebung halten, nämlich in Bremen. Ist dies ein Abschied wie der des Mose, der sein Volk bis an die Schwelle des Gelobten Landes führte, das er selbst nicht betreten sollte?

Für Michael Sommer gab es eine harte Wüstenzeit – die Zerschlagung der Bundespost und deren Privatisierung, den Börsengang der Telekom und schließlich, als seine Postgewerkschaft in die Gewerkschaft ver.di aufging. Dazu kam die persönliche Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Schröder wegen der Agenda 2010. Aber es gab für ihn auch eine Zeit nach der Wüste, in der die Gewerkschaften wieder Fuß fassten. Es ist schon seltsam: Dem persönlichen Konflikt mit Kanzler Schröder folgte eine persönliche Anerkennung durch Kanzlerin Merkel.

1. Den Gewerkschaften geht es besser als vor zehn Jahren.

Vor zehn Jahren lagen dunkle Wolken über den Gewerkschaften. Es begann mit Graf Lambsdorff, als das bürgerliche Lager einen Feldzug gegen den Sozialstaat entfesselte: Der sei zu teuer, auf Dauer nicht finanzierbar und fehlgeleitet. Die Gewerkschaften wurden als Betonköpfe verdächtigt, die sich an ihre Besitzstände klammerten. Flächendeckende Tarifverträge passten nicht in eine mobile und flexible Welt. Sie verleiteten die Gewerkschaften dazu, sich auf Kosten der Allgemeinheit und der Arbeitslosen zu bereichern. Betriebsnahe Regelungen seien das Gebot der Stunde. Vor seinem Amtsantritt erklärte der spätere Bundespräsident Köhler, Graf Lambsdorff und Gerhard Schröder seien zwei herausragende Gestalten bundesdeutscher Reformpolitik. Was Lambsdorff aufgelistet hatte, habe Schröder gesetzlich verankert.

Mit der Agenda 2010 ist der deutsche Sozialstaat nicht zertrümmert, aber arg demoliert worden. Die Gewerkschaften wurden in den Schatten gestellt. Rot-Grün hat wiederholt die Rentenformel manipuliert und das Rentenniveau abgesenkt. Die solidarischen Elemente der sozialen Sicherung wurden ausgedünnt, die private Vorsorge propagiert. Der aktivierende Sozialstaat stellte das Verhältnis der Rechte und Pflichten zwischen den Bürgern und der Gesellschaft auf den Kopf: Dem Bedürftigen wurde das Grundrecht auf soziale Leistungen zuerkannt, als Arbeitsuchender sollte er Vorleistungen erbringen, bevor der Staat ihm hilft. Der Sozialstaat mutierte in einen Wettbewerbsstaat, der die Bevölkerung olympiareif macht, damit sie im globalen Wettbewerb als Sieger hervorgeht. Beschäftigungsfähigkeit wurde zum Staatsziel Nr. 1.

Zum Glück haben sich die dunklen Wolken über den Gewerkschaften gelichtet und ein wenig verzogen. In der Bankenkrise, unter deren Folgen die Industrieunternehmen litten, betraten Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter die Bühne der Öffentlichkeit und wurden von Managern und Kapitaleignern als Gesprächspartner ernst genommen. Der schwerste Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit ist durch ein Bündnis der Sozialpartner unter Beteiligung der Regierung aufgefangen worden. Die Vereinbarung der Kurzarbeit hat neben der Außennachfrage den Impuls geliefert, dass sich die Wirtschaft relativ schnell belebte – und nicht die Agenda 2010. Das Ansehen der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit ist seit dieser Zeit deutlich gestiegen. Dass Bertold Huber wie Josef Ackermann seinen Geburtstag im Kanzleramt feierte, hat zwar ein Geschmäckle, beweist aber auch, dass die politischen Entscheidungsträger den Gewerkschaften inzwischen mit hohem Respekt begegnen. Ungewöhnlich ist auch, dass die Bundeskanzlerin die Gewerkschaften dazu ermutigte, angemessene Lohnforderungen zu stellen. Die Entfremdung zwischen der Arbeiterbewegung und den Regierenden gehört der Vergangenheit an.

Zudem konnten Lohnsteigerungen durchgesetzt werden, die nach längerer Zeit erstmals die Inflationsrate übertreffen. Die Bevölkerung nimmt Streiks gelassener hin. Und wie durch ein Wunder gehen Erzieherinnen auf die Straße, um höhere Entgelte und bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Die Gewerkschaft ver.di schließt für den Öffentlichen Dienst Tarife ab, die das Niveau der IG Metall und der Chemiegewerkschaft erreichen und dazu die unteren Lohngruppen begünstigen. Die Koalition beschließt einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn – aber dieser darf nicht dadurch verwässert werden, dass Jugendliche und

Langzeitarbeitslose davon ausgeschlossen sind. Die Rente mit 63 ist ein Kontrastsignal gegen jene Rentenkürzung, die Franz Müntefering unter der „Rente mit 67“ versteckt hat. Selbst wenn die arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen wie die Zuschussrente, das Bildungspaket und das warme Essen, mit denen Frau von der Leyen die Herzen der Bevölkerung anzurühren suchte, nur notdürftige Flickschusterei sind, wenn die SPD immer noch nicht zugeben kann, dass die Agenda 2010 destruktiver Mist ist, hat sich das Klima zwischen Gewerkschaften und den staatlichen Organen erkennbar verbessert.

Schließlich hat sich in dem renommierten Kieler Institut für Weltwirtschaft ein bahnbrechender Klimawechsel unter den Ökonomen angekündigt: Der neue Leiter erklärt den theoretischen Streit darüber, ob der Markt oder der Staat, ob die angebotsorientierte oder die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik Vorrang genieße, für überholt. Ein gewichtiger Gegenstand der Forschung für ihn und das Kieler Institut seien in Zukunft Fragen der Gerechtigkeit und der Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums. Was folgt aus alledem? Den Gewerkschaften geht es besser als vor zehn Jahren.

2. „Deutschland geht es gut“? – Nicht jedoch Europa.

Deutschland geht es gut, wird die Kanzlerin nicht müde zu propagieren. Ihr Wohlbefinden lässt sich nicht auf Europa übertragen, erst recht nicht auf ein soziales Europa. Die dunklen Wolken über den Gewerkschaften sind von Deutschland weg nach Südeuropa gezogen. Zwar ist in den europäischen Verträgen das Ziel festgeschrieben, dass sich die Lebensverhältnisse in den weniger entwickelten Ländern und Regionen an die wohlhabenden Länder angleichen sollen. Europäische Richtlinien beeinflussen auch das deutsche Arbeits- und Sozialrecht. Der Europäische Gerichtshof verschafft abhängig Beschäftigten Recht gegen die Willkür ihrer Arbeitgeber, falls sie sich auf den Klageweg einlassen. Und durch den Sozial- und Regionalfonds werden Migrations- und Inklusionsprojekte in den Ländern mitfinanziert. Aber die vollmundigen Verheißungen, dass sich mit dem gemeinsamen Markt und der gemeinsamen Währung Wohlstand für alle ausbreiten werde, sind heiße Luft geblieben. Die Schere zwischen den wohlhabenden und armen Ländern hat sich seit der gemeinsamen Währung sogar weiter geöffnet.

Was ist schief gelaufen in Europa? Während einer Talkrunde fragte Maybritt Illner: „Wie solidarisch muss Deutschland sein?“ Die anwesenden Politiker gaben drei Antworten: Griechenland brauche einen Schuldenschnitt. Solidarität sei keine Einbahnstraße. Die Südländer müssten erst einmal ihre Hausaufgaben machen. Solange dieser Aberglaube in Deutschland anhält, wird ein soziales Europa hinken. Warum?

Die Europäische Währungsunion hat einen Konstruktionsfehler – zwei ausschließlich monetäre Stellgrößen. Zum einen ist die Europäische Zentralbank im Unterschied zur US-Notenbank ausschließlich auf das Ziel verpflichtet, das Niveau der Güterpreise stabil zu halten; dies versucht sie, durch einen einheitlichen nominalen Zinssatz im gesamten Währungsgebiet zu erreichen. Um das Beschäftigungsziel kümmert sie sich nicht. Und zum anderen die doppelte Schuldenbremse öffentlicher Haushalte. Eine aufeinander abgestimmte Beschäftigungs-, Steuer- und Sozialpolitik ist in die Wirtschafts- und Währungsunion nicht eingebaut. Folglich konkurrieren die Staaten mit ihrer Steuer- und Sozialpolitik gegeneinander.

der. Und die regionalen Ungleichgewichte nehmen zu. Länder mit hohen Überschüssen und Defiziten ihrer Leistungsbilanzen entfernen sich voneinander. Wenn schon moralisch aufgeladen von „Defizitsündern“ geredet wird, sollte man auch von Überschuss-Sündern reden.

Die beispiellose Bankenkrise ist zu einer angeblichen Schuldenkrise peripherer Staaten in der Eurozone mutiert. Die Staaten haben auf den Notschrei der Banken schnell, hastig und „alternativlos“ reagiert. Sie haben Bürgschaften, Kapitalbeteiligungen und die Übernahme von Schrottbanken zugesagt. Dabei haben sie jedoch die Gläubiger, die Vermögenden und die Banken geschont. Allerdings zu einem hohen Preis: Die Kosten der Krise wurden auf die Allgemeinheit und die schwächeren Bevölkerungsgruppen abgewälzt. Gleichzeitig hat die Zentralbank das Bankensystem mit Liquidität vollgepumpt. So ist eine paradoxe Situation entstanden: Die Banken haben die Finanzkrise verursacht und nach dem Staat geschrien. Dieser hat sie gerettet und nun werfen sie dem Staat vor, dass er sie sich dabei so extrem hoch verschuldet hat und diese Schulden nicht schnell genug abbaut. Dass er seine Haushalte nicht konsolidiert und die Ausgaben für öffentliche Güter oder den sozialen Ausgleich nicht absenkt. Ein Teufelskreis zwischen Bankenkrise und angeblicher Staatsschuldenkrise, ein Katz- und Mausspiel, ein Konflikt zwischen privater Kapitalmacht und demokratisch legitimer Staatsmacht hat inzwischen zwölf europäische ausgewechselt. Inzwischen befreien sich die Staaten aus der Geiselhaft durch die Banken. Sie raffen sich auf, die Finanzmärkte auch gegen die Lobbyisten stärker zu regulieren. Und die Europäische Zentralbank interveniert zugunsten der Staaten, die von der internationalen Spekulation attackiert werden. Aber dennoch können Banken, die zu groß, zu vernetzt und politisch zu einflussreich sein, die Staaten weiterhin erpressen. Deshalb sollten solche Banken zerlegt oder zerschlagen werden, damit sie die riskanten Fusionen und Übernahmen von Unternehmen auf eigene Rechnung finanzieren und dafür haften.

Das europäische Krisenmanagement ist in einen individualistischen Fehlschluss. Die spekulativen Attacken der Finanzakteure richten sich begreiflicher Weise – wie in der Asienkrise 1997 bereits durchgespielt – auf das schwächste Land der Währungsunion, nämlich Griechenland, das gerade einmal 3% zur wirtschaftlichen Leistung der Eurozone beiträgt. Die Mehrheit der Eurostaaten erklärt nun Griechenland einschließlich jener Länder, die in den Teufelskreis zwischen privaten Gläubigern und öffentlichen Schuldnern hineingerissen werden, zum Sündenbock. Zudem ist der Blickwinkel der EU-Gipfelkonferenzen auf die monetäre Sphäre verengt. Die öffentlichen Schulden sind das einzige Dauerthema, während über Arbeitslosigkeit, nachhaltige Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und reales Wachstum geschwiegen wird. Dabei gibt es keine Schuldner ohne Gläubiger. Der extrem hohen öffentlichen Verschuldung steht eine gigantische Anhäufung privater Vermögen gegenüber.

Die wirtschaftlich stabilen Länder kündigen die europäische Solidarität auf. Sie berufen sich auf den Maastricht-Vertrag, der festschreibt, dass kein Staat für die Schulden eines anderen Staates haftet. An dieser Klausel droht die Währungsunion und erst recht ein soziales Europa zu scheitern. Denn eine gemeinsame Währung, welche die Lebenschancen und -risiken der Menschen in den Mitgliedsstaaten ungleich verteilt lässt, so dass regionale Ungleichgewichte zunehmen, kann ohne einen solidarischen Finanzausgleich zwischen leistungsfähigen und weniger leistungsschwachen Ländern auf Dauer nicht bestehen. Denn nicht die Entwicklungsunterschiede der Länder und Regionen gefährden die Währungsunion, sondern die Weigerung der starken Länder, sich gegenüber den weniger starken Ländern zu erwei-

sen. Das Geheimnis der Solidarität besteht im Unterschied zur Marktsteuerung nämlich darin, dass starke und gesunde Mitglieder einer Gemeinschaft Beiträge gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zusagen, während schwache und kranke Mitglieder einen Rechtsanspruch auf Hilfe gemäß ihrer Notlage haben. Ein Länderfinanzausgleich, der für die föderale Bundesrepublik selbstverständlich ist, sollte auch für die Eurozone gelten. Ohne eine solidarische Transferunion hat die Wirtschafts- und Währungsunion keine Zukunft. Zum Glück hat dies der Präsident der EZB begriffen.

Während der EU-Gipfelkonferenzen wurden dagegen wiederholt Rettungspakete geschnürt, die meist zu knapp geschnitten waren und an strenge Auflagen gekoppelt. Spardiktate sind in der Regel Anweisungen zur Umverteilung von unten nach oben oder zur allgemeinen Schrumpfung oder in der Regel beides. Kreditvergaben unter der Bedingung, dass öffentliche Haushalte geknebelt, Ausgaben für öffentliche Güter und die solidarische Sicherung gestrichen, Personal abgebaut, Löhne gesenkt, Renten gekürzt und öffentliche Einrichtungen privatisiert werden, erzeugen Arbeitslosigkeit, Armut und Jugendliche, denen eine Lebensperspektive genommen wird. Es sind ungleiche, ungerechte Verträge, die zu Recht Widerstand und Gegengewalt provozieren.

Wo bleibt die Solidarität der deutschen Gewerkschaften? Zuerst innerhalb der Betriebe zwischen Kernbelegschaften und Randgruppen, dann zwischen den Branchen, zwischen Männern und Frauen? Warum geht die starke IG BCE nicht auch auf die Straße, wenn Erzieherinnen und Krankenschwestern zum Streik aufrufen? Warum ruft die IG Metall nicht zu Solidaritätsstreiks auf, wenn ihre Kollegen und Kolleginnen in Griechenland, Spanien und Portugal gegen die Sparauflagen protestieren? Wie solidarisch muss Deutschland sein? Die Antwort der deutschen Gewerkschaften auf die Talkshowfrage sollte sein: So solidarisch, wie leistungsfähig und stark wir sind.

3. „Deutschland geht es gut“? – Nicht jedoch den Arbeitsverhältnissen

Das deutsche Jobwunder des europäischen Musterknaben, die höchste Zahl der Beschäftigten seit der Wiedervereinigung, wovon die Bundeskanzlerin fabuliert und was die Medien einstimmig nachplappern, hat eine miserable Schattenseite – sechs Millionen Arbeitsuchende, einen Beschäftigungszuwachs, der zur Hälfte aus atypischen Arbeitsverhältnissen besteht, aus unfreiwilliger Teilzeitarbeit vorwiegend der Frauen, befristeter Arbeit, Leiharbeit, scheinselfständiger Beschäftigung, prekärer Arbeit zum Niedriglohn, der durch Sozialleistungen aufgestockt werden muss. Trotz der wirtschaftlichen Belebung und der überquellenden Steuereinnahmen bzw. der Sozialkassen stagniert die Armutsrisikoquote bei durchschnittlich 14-16 Prozent, überdurchschnittlich bei Arbeitslosen, alleinerziehenden Frauen und Haushalten mit Kindern.

Dabei bleibt der erstrangige Schlüssel gesellschaftlicher Beteiligung und wirtschaftlicher Einbindung weder das bedingungslose Grundeinkommen noch der Bildungsgrad noch der Mindestlohn, sondern das Grundrecht auf Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Er-

werbsarbeit. Haben die Gewerkschaften den Rechtsanspruch auf Arbeit inzwischen zum Wunsch nach guter Arbeit weichgespült?

Gute Arbeit ist **Arbeit für alle**. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen übertüncht die Zahl der Jugendlichen in der Warteschlange eines Paralleluniversums, das neben der dualen Ausbildung entstanden ist, derer, die in Maßnahmen der Arbeitsagentur umgeschult und qualifiziert werden sowie derjenigen, die es längst aufgegeben haben, sich als Arbeitssuchende mit einem Jobcenter herumzuschlagen. Arbeitsmarktpolitik ist kein Ersatz für eine aktive Beschäftigungspolitik, zu der die Regierenden in Bund und Ländern gesetzlich verpflichtet sind. Denn die so genannten Arbeitsmärkte sind abgeleitete Märkte, die in Bewegung geraten, wenn sich vorher die Güternachfrage belebt hat. Deshalb muss Hartz IV weg, wodurch Bürgerinnen und Bürger entwürdigend behandelt und ihrer Grundrechte beraubt werden. Wo aber sollen neue Beschäftigungsfelder entstehen? Der Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft und Industrie wird die Zahl der dort eingesetzten Arbeitskräfte sinken lassen. Neue Kreisläufe lassen sich dagegen im Bereich der personennahen Dienste erschließen. Diese Dienste unterliegen nicht den Maßstäben einer industriellen Produktivität, sondern der Kompetenz derer, die sie anbieten, und der Kaufkraft derer, die sie privat nachfragen, oder öffentlicher Gewährleistung, falls sie als Grundrechte etwa auf Bildung und Gesundheit anerkannt sind.

Gute Arbeit ist **sichere Arbeit**. Prekäre und befristete Arbeitsverhältnisse entziehen gerade jungen Menschen eine stabile Lebensplanung in gelingenden Partnerschaften. Und denen, die es wünschen, nehmen sie die Aussicht auf ein gemeinsames Zusammenleben mit Kindern. Ohne tarifvertragliche Entlohnung haben die atypisch Beschäftigten kaum einen Zugang zur betrieblichen Altersvorsorge oder zu privater Ersparnis. Sie gehen damit einer bedrohlichen Altersarmut entgegen. Dabei sind solche riskanten Arbeitsverhältnisse nichts anderes als eine staatlich zugelassene oder beabsichtigte dreifache Subvention der Unternehmen. Deshalb ist auch die kapitalgedeckte Riester-Rente kein Ersatz für eine solidarische umlagefinanzierte Absicherung gesellschaftlicher Risiken. Gerade für diejenigen, die sie brauchen, kommt sie nicht in Frage. Und sie ist für den Staat viel teurer, als wenn sie als staatlicher Zuschuss in die gesetzliche Rentenversicherung fließen würde.

Gute Arbeit ist **gerechte Arbeit**. Damit gerechte Löhne gezahlt werden, sind flächendeckende Tarifverträge eine unverzichtbare Voraussetzung. Der Mindestlohn ist ein Teil der Sozialpolitik und kein Ersatz der Tarifpolitik. In Tarifverträgen wird nämlich nicht nur die Verteilung der unternehmerischen Wertschöpfung zwischen den Gewinnen der Manager und Kapitalgeber sowie den Löhnen der Belegschaften vereinbart. Zugleich werden in Tarifverhandlungen sowohl die Lohnstruktur als auch die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Branchen, Männern und Frauen sowie den erwerbswirtschaftlich tätigen Produzenten und Konsumenten einerseits und den unentgeltlich Arbeitenden in der Privatsphäre oder der Zivilgesellschaft andererseits vorentschieden. Die Tarifautonomie als friedliche Konfliktregelung der Zivilgesellschaft gehört also einer anderen Liga an als der staatlich regulierte gesetzliche Mindestlohn. Deshalb sollte der Staat die Tarifbindung aller Unternehmen gesetzlich vorschreiben und die Voraussetzungen für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung erweitern.

Gute Arbeit ist **mitbestimmte** Arbeit. Dass die Tarifpolitik an Grenzen stößt, haben die Gewerkschaften nicht erst seit der Agenda 2010 erfahren. Die Lohnforderungen hinken erfahrungsgemäß dem konjunkturellen Aufschwung und der wirtschaftlichen Belebung hinterher. Ihnen laufen die Gewinne der Unternehmen auf Grund von Preiserhöhungen, privilegierten Marktlagen oder steuerlichen Manipulationen voraus. Deshalb ist eine strukturelle Veränderung der kapitalistischen Verteilungsregel notwendig. Diese Regel bewirkt, dass zwar (vereinfacht) vier Ressourcen, nämlich das Arbeits-, Geld-, Natur- und Gesellschaftsvermögen (dies sind die staatlichen Vorleistungen der Infrastruktur, Bildung und Gesundheit sowie die unentgeltlich geleistete Arbeit in der Privatsphäre) kollektiv die unternehmerische Wertschöpfung erwirtschaften, dass jedoch nur die Vermehrung des Geldvermögens zum Ziel des unternehmerischen Wirtschaftens erklärt wird, während die anderen drei Ressourcen mit einem relativ niedrigen Entgelt abgefunden oder gar zum Nulltarif in Anspruch genommen werden. Um diese Schieflage radikal außer Kraft zu setzen, kommt die Tarifpolitik der Gewerkschaften meist zu spät. Denn es gelingt ihnen nicht, den Produktivitätsfortschritt einschließlich der Inflationsrate und einer Komponente der Umverteilung in eine entsprechende Lohnerhöhung umzuwandeln. Dazu müssen die Belegschaften und ihre Repräsentanten bereits früher daran beteiligt sein, wenn über die Entstehung der Einkommen und Vermögen entschieden wird. Die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmensorganen hat kürzlich der Bundestagspräsident Lammert wieder in die Diskussion gebracht. Muss er als Politiker die Gewerkschaften zum Jagen tragen?

Gute Arbeit ist **weniger** Arbeit. „Arbeitszeitverkürzung jetzt“ hat die Jugendorganisation von ver.di verlangt. Und der Bundeskongress ist dieser Forderung gefolgt. Die Ministerin Schwesig hat für Eltern ein vergleichbare Regelung vorgeschlagen, die allerdings mit dem Totschlagargument, dies sei nicht finanzierbar, blitzschnell abgeräumt wurde. Dabei ist das politisch Gewollte immer auch finanzierbar. Die Mehrheit der Gewerkschaften scheint die Forderung während der 1950er Jahre: „Samstag gehört Vati mir!“ oder gar den heftigen Arbeitskämpfe Mitte der 1980er Jahre um den Einstieg in die 35-Stundenwoche versenkt zu haben. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit Vollerwerbstätiger beträgt derzeit 42 Stunden. Nachtarbeit, Schichtarbeit, Samstags- und Sonntagsarbeit haben rasant zugenommen. Dabei ist die kollektive Arbeitszeitverkürzung die Umwandlung der Produktivitätsrate nicht bloß zu frei verfügbarer Eigenzeit, sondern auch der Schlüssel zu gemeinsamer Festzeit, zu beziehungsintensiver und gleichzeitig umweltschonender Zeitverwendung. Zudem ist sie ein Stück kollektiv rebellischer Weigerung, sich dem Konsumsog und kommerziellen Wachstumszwang zu unterwerfen, den der Finanzkapitalismus von Bürgerinnen und Bürgern einer marktkonformen Demokratie einfordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 1. Mai 2014 spürt nicht nur der scheidende Michael Sommer, sondern mit ihm und zum Teil auch durch ihn spüren alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, dass die dunkle Phase der Entfremdung zwischen Gewerkschaften und staatlichen Entscheidungsträgern einem tendenziellen Respekt und zunehmenden Verständnis gewichen ist. Aber nur etwas. Die Beziehung zwischen beiden politischen Gruppen ist noch nicht perfekt. Denn der Wettbewerbsstaat ist noch nicht zum Sozialstaat zurückgekehrt, Und die Strecke von der Währungsunion zur Sozialunion ist noch weit.